

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM, drei Monate 5,- RM, halbjährlich 10,- RM, jährlich 20,- RM, zuzüglich Postgebühren. Einzelnummern 10 Rpf. Alle Postämter, Postträger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Krieg oder sonstigen Vertriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Abrechnung eingehender Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpf., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3 gespaltene Reklamazeile im zeitlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Versetzung und Platzveränderungen werden nach Möglichkeit annahmehaft bis zum 1. März durch Fernschreiben überlassen, mit keine Garantie. Jeder Nachweisungsanspruch erlischt, wenn der Betrag durch die eingezogenen Gebühren nicht gedeckt ist.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostitz behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 58 — 91. Jahrgang

Telegr.-Abr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Mittwoch, den 9. März 1932

## Die Diskontfökung.

Heute spürt es auch der kleine Kaufmann und Händler, was „der Reichsbankdiskont“ bedeutet. Der ist heute für uns alle ebenso wichtig, wie einst in der furchtbar-unvergesslichen Zeit der Inflation es der Dollar gewesen ist. Kreditkosten — von welcher Größe, oft entscheidender Bedeutung sind sie in der Gegenwart und der nächsten Zukunft, da in Erzeugung und Handel alles um Preisermäßigung durch Verminderung der Geschäftskosten geht und daher außerordentlich viel darauf ankommt, wie hoch der Reichsbankdiskont steht. Und endlich hat die Reichsbank sich entschlossen, ihn zu senken, nachdem er seit genau drei Monaten auf dem Stande von 7 Prozent festgehalten worden war.

Wir Menschen von heute, die wir durch die Zeiten der Inflation, dann nach einer kurzen Erholungsperiode mitten in die Weltwirtschaftskrise marschieren sind oder hineingerissen wurden, sind geradezu zwangsweise angefüllt worden mit der Kenntnis von allen möglichen geld-, kredit- und währungsrechtlichen Dingen, die im Leben unserer Väter teils gar keine, teils eine nur geringe Rolle spielten. Schmerzhaft prägen sich in unser Hirn und in unser Leben Begriffe ein wie „Inflation“ und „Goldbedeutung“, „Deflation“ und „Devolution“, „Währungsverfall“ und „Zahlungsbilanz“, „Goldstandard“ und „Zahlungsmittelumlauf“. Wie der fromme Mohammedaner fünfmal des Tages sein Gesicht gen Mekka zum Gebet wendet, so schaut heute der Deutsche in seiner wirtschaftlichen Not und kreditpolitischen Bedrängnis, mit leerem Portemonnaie und großen Sorgen stets und ständig auf das, was in der Reichsbank vor sich geht. Denn sie ist jetzt — den Schlüssel dafür gab die große Bankreform ab — die letzte, die Urquelle jeglichen deutschen Kredits, und auf diesen Gründen ruht das ganze deutsche Kreditgebäude. Da ist bis ins letzte, kleinste Geschäftszimmerchen hinein entscheidend, zu welchem Preis die Reichsbank den Kredit zur Verfügung stellt; denn alle Zwischenstationen zwischen ihr und den eigentlichen Kreditnehmern haben sich danach zu richten, was in den Direktionsräumen der „Jägerstraße“ in Berlin bestimmt wird. Aber dort ist man wieder abhängig von vielen, heute fast unabhörbaren Umständen bei der Entscheidung über die Diskontfrage.

All die oben zitierten Begriffe sind höchst reale Dinge und stellen heute trotzdem nicht mehr die ganze Wirklichkeit dessen dar, was man den „Geld“ bzw. den „Kapitalmarkt“ nennt. Sie unterliegen auch nicht einer natürlichen Entwicklung, einer freien Auswirkung im Rahmen des Weltwirtschaftssystems — das Geld kennt keine Grenzen —, sondern auch dort waltet schärfste Zwangswirtschaft. Weder das „Geld“, also der kurzfristige Kredit, noch das langfristige „Kapital“ ist eine Ware, über dessen Preis — den Zins — allein Angebot und Nachfrage auf offenem Markt entscheidet. Der Kapitalzins ist ebenso durch Notverordnung reguliert, wie es die staatliche Zwangswirtschaft mit den Devisen tut, die der Überschuss der Ausfuhr über die Einfuhr hereinbringen — sollte. Und der Diskont hat jede Möglichkeit verloren, in Zeiten großer Kreditbeengung der Wirtschaft durch hohe Zinssätze Geld im Inland oder aus dem Ausland hervor- und heranzuloden. Denn gegen das Ausland hindert die Mauer des Nichttrauens und durch die eigene Devisenzwangswirtschaft abgeperrt, so daß wir nur mit dem im Inland verfügbaren Kredit und Kapital arbeiten können. Dann kommt es bei der Festsetzung der Diskonthöhe nur auf die Menge und die Umlaufgeschwindigkeit des freigegebenen Geldverkehrs an. Ist doch auch die zweite Aufgabe der Diskontregulierung, nämlich die Herbeiführung von Devisen aus dem Ausland gegen hohen Zins, längst auch durch die allerhöchsten Zinssätze nicht mehr zu erfüllen.

Wie war es doch in besseren, glücklicheren Zeiten, wenn einmal durch die Welt oder durch ein Land eine wirtschaftliche Krisenwelle ging! Dann führte dies zu einer „Freisetzung“ von Geld und Kapital, also zur Verbilligung des Kredits, zu einer starken Herabsetzung des Diskonts und der Zinsen. Und damit wurde in die Wirtschaft neuer Mut und neuer Unternehmungsgest zum Erstarken gebracht. Jetzt aber stieg mit der Krise die Kredit- und Kapitalnot, verminderte sich das „Kreditvolumen“ in unnatürlichster Art infolge des allgemeinen und noch ständig wachsenden Mißtrauens. Man will es jetzt in allen Ländern „erweitern“, um dadurch die Mittel zu neuer Arbeit zu schaffen; aber der tatsächliche, der augenblickliche Kreditbedarf der Wirtschaft ist so eingeschnürt, daß wir heute, auch in Deutschland, schon überall von einem „stüßigen Geldmarkt“ sprechen können, obwohl z. B. unser Notenumlauf in den letzten Monaten an Umfang einbüßte. In Amerika und England sind schon die Diskontsätze ermäßigt worden, um der Wirtschaft nach altem bewährtem Rezept durch billigeren Kredit einen neuen An- und Auftrieb zu geben. Denn nur dadurch, durch eine wirkliche und tatsächliche Verbilligung der Wirtschaft kann man „das Geld herauslösen“, das heute eben selbst durch hohe Zinssätze sich nur sehr wenig „reizen“ läßt.

Gerade weil Deutschland an der Goldbasis seiner Währung festhält, obwohl es damit gegenüber den Erzeugungsländern mit schwach gewordenen Währungen gewisse Nachteile hat, muß alles getan werden, um bei

## „Abkehr von Deutschland, Anschluß an Italien“ Lardieu über seinen Donauplan

Paris. Die Kammer begann gestern vormittag die Beratung des Budgets für auswärtige Angelegenheiten mit einem warmen Nachruf des Berichterstatters, Abg. Pagenot, auf Aristide Briand. In der Aussprache über das Budget wurde von den Abgeordneten Falcoz und Ybarnegaray das Problem der französisch-italienischen Beziehungen angeschnitten. Beide Redner forderten eine französisch-italienische Aussprache zur Beseitigung der zwischen beiden Ländern vorhandenen Mißverständnisse.

Der Abgeordnete Ybarnegaray zählte die Punkte auf, in denen Meinungsverschiedenheiten zwischen Italien und Frankreich bestehen: adriatische Frage, libische Grenze, Flottenparität, Statut der Italiener in Tunis, Mandatsfrage und namentlich italienische Expansion. Er vertrat die Ansicht, daß alle diese Fragen, sobald man sie einmal in Angriff nehme, auch eine Lösung erhalten könnten.

Wenn das Deutschland Hitlers oder Hindenburgs bedrohlich werden sollte, meinte der Redner, würde Italien zweifellos wieder an Frankreichs Seite stehen. Zwölf Jahre lang habe Frankreich eine Versöhnungspolitik mit Deutschland betrieben. Wenn man nur einen geringeren Teil der Deutschland bewilligten Opfer (!) Italien gebracht hätte, würde man heute anders dastehen.

Lardieu müsse erklären, daß Frankreich die Freundschaftsbände zu Italien wiederherzustellen suche. Dieser Appell an den Ministerpräsidenten wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

Ministerpräsident Lardieu ergriff hierauf das Wort zu einer Erklärung, in der er sagte: Ich schließe mich den Rednern, die von unseren Beziehungen zu Italien gesprochen haben, an, um zu erklären, daß nichts wichtiger wäre, als über die Vergangenheit diskutieren zu wollen. Ich bin mit der gesamten Kammer der Ansicht, daß ein allgemeines internationales Abkommen zwischen Frankreich und Italien möglich ist. Seit acht Tagen werden nicht nur zwischen Frankreich und Italien, sondern auch mit anderen Mächten Verhandlungen über die Wirtschaftliche Mitteleuropas geführt. Die Herstellung des Gleichgewichts der Dinge und der Geister in Mitteleuropa ist wichtig genug, damit ein jeder seinen persönlichen Wünschen Opfer bringe. Das zu erreichende Ziel ist hoch genug, damit alle Welt ihre Zustimmung gibt.

Im weiteren Verlauf der Aussprache übte der kommunistische Abgeordnete Verthou lebhafteste Kritik an der Verwaltung des französischen Mandats durch Frankreich. Das Budget des Ministeriums des Auswärtigen wurde hierauf verabschiedet.

Diese in der Kammer gehaltenen Reden bestätigen nur den Eindruck, den man in der letzten Zeit von Frankreichs außenpolitischen Absichten erhalten hat. Die Verständigung mit Italien spielt dabei eine sehr große Rolle; sie ist Frankreich natürlich an sich sehr erwünscht, nicht weniger aber auch im Hinblick auf das Bestreben, noch stärkere Trümper gegen Deutschland zu erhalten. Es ist kaum zu bezweifeln, daß Frankreich

uns die Erzeugungskosten möglichst zu ermäßigen. Wie wichtig hierbei die Heruntersetzung der Kreditkosten ist, weiß jeder, der heute noch nicht vergessen hat, welche furchtbare Wunden vor sieben Monaten der Diskontsatz von 18 Prozent unserer Wirtschaft auch und gerade dort schlug, wo sie noch gesund war, nämlich beim Klein- und Mittelbetrieb des Unternehmers, Kaufmanns und Gewerbetreibenden.

## Sitzung des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Dienstag mit der Frage des Zugabeverbotes und des unklaren Wettbewerbs. Außerdem wurde die Erneuerung der Zollermächtigung erörtert. Die Beschlüsse hierüber dürften voraussichtlich bald veröffentlicht werden.

## Ermäßigung des Reichsbankdiskonts.

Von 7 auf 6 Prozent.  
Die Reichsbank hat mit Wirkung vom 9. März den Diskontsatz von 7 auf 6 Prozent, und den Lombardsatz von 8 auf 7 Prozent ermäßigt.

## Trauerkundgebungen für Briand.

Die Abrüstungskonferenz gedenkt Briands.  
Im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz fand anlässlich des Ablebens Briands eine kurze Trauerkundgebung statt. Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, wies darauf hin, daß Briand in hohem Maße an dem Zustandekommen der Abrüstungskonferenz mitgewirkt habe. In Briand, dem unermüdbaren Vorkämpfer für den Gedanken des Friedens und der Freundschaft der Völker, habe er einen persönlichen Freund verloren.

auch vor gewissen Opfern nicht zurückschrecken würde, wenn es damit Italien wieder von der Seite Deutschlands entfernen konnte. Daß Lardieu selbst in diesem Zusammenhang auf seinen Donauplan hingewiesen hat, ist ebenfalls kennzeichnend für die gesamte Lage. Die Antwort, die Italien auf Lardiens Denkschrift gegeben hat, stimmt zwar grundsätzlich den französischen Vorschlägen zu, dürfte aber trotzdem keine reine Freude in Paris erwecken, weil sie nachdrücklich die Notwendigkeit einer Lösung auf breiterer Grundlage — unter Hinweis auch auf Deutschland — betont.

## Nach dem „Donaubund“ der „Balticbund“

Die planmäßige Abschüttung Deutschlands.  
Der französische Botschafter Laroche in Warschau wurde vom polnischen Vizeaußenminister Beck empfangen, den er über den Lardienschen Donaubund-Plan unterrichtete.

Jede außenpolitische Handlung Frankreichs, die sich gegen Deutschland richtet und den Zweck verfolgt, die Nach-Versailles-Zustände zu festigen, wird von der polnischen Presse von vornherein fast ausnahmslos gutgeheißen. So ist es auch mit dem neuen Vorstoß Lardiens, der zweifellos den Zweck hat, in das bestehende südeuropäische Vasallensystem nun auch Österreich und Ungarn hineinzuziehen und Deutschland dadurch noch mehr abzuschneiden. Gleichzeitig weist man in Polen auf die großen Möglichkeiten eines baltischen Bundes, oder, wie so schön gesagt wird, der „Vereinigten baltischen Staaten“ hin und hofft, ein solcher nachbarlicher Bund werde sehr bald unter die Fittiche Polens geraten.

## Italien und der französische Donaubund-Plan.

In seiner Antwort auf die französische Denkschrift über den geplanten Donaubund erklärt Italien seine grundsätzliche Zustimmung und weist auf seine feste Bereitschaft zur Mitarbeit an der wirtschaftlichen Gesundung Mitteleuropas hin. Italien sei überzeugt, daß der Kernpunkt der ganzen Frage durch die heutige Lage Österreichs und Ungarns bedingt sei. Italien schide sich jetzt an, die Vorschläge Frankreichs genau zu prüfen.

## England und der deutsche Zoll-Obertarif.

Handelsminister Runciman machte im Englischen Unterhaus auf Anfrage Mitteilung von der Einführung des deutschen Zoll-Obertarifs. Soviel er wisse, sei ein solcher Tarif von der deutschen Regierung bis jetzt noch nicht eingeführt worden. Sollte er zur Anwendung kommen, so würden vom britischen Weltreich lediglich Kanada und Australien betroffen werden. Entsprechende Vorstellungen Englands bei der deutschen Regierung kämen bisher nicht in Frage.

Henderson teilte dann mit, daß am Sonnabend, dem Tage der Beisetzungsfeierlichkeiten in Paris, keine Sitzung der Abrüstungskonferenz abgehalten würde. Die Sitzung wurde sodann zum Zeichen der Trauer auf eine Viertelstunde unterbrochen.

## Beileid des Diplomatischen Korps.

Der deutsche Botschaftsrat in Paris Dr. Forster hat am Quai d'Orsay im Namen des Reichskanzlers, des Staatssekretärs von Bülow und des abwesenden Botschafters von Soest sein Beileid zum Tode Briands ausgesprochen. Ebenso erschienen auch die anderen Botschafter und Gesandten, um im Namen ihrer Regierungen zu kondolieren.

## Die Beisetzungsfeierlichkeiten.

Die sterblichen Überreste Briands werden am Donnerstag nach dem Quai d'Orsay übergeführt und im Außenministerium aufgebahrt werden. Am Sonnabend hält dann Ministerpräsident Lardieu als Höhepunkt der Trauerzeremonie die Gedächtnisrede, worauf die provisorische Beisetzung auf dem Friedhof von Paris erfolgt. Auf Wunsch der Familie bzw. des Verstorbenen fällt der sonst übliche Trauergottesdienst in der Notre-Dame-Kathedrale aus.

## Briand-Trauer in Kammer und Senat.

In der Kammer und im Senat hielten die Präsidenten beider Häuser Trauerreden für Briand. Kammerpräsident Buisson erklärte u. a.: Briand habe während der Nachkriegsjahre nicht nur Frankreich, sondern der ganzen Welt gehört. Sein Name habe über den nationalen Gegenständen gestanden und sei für alle ein Zeichen der Hoffnung gewesen. Er erinnerte an Briands Worte, die er in einer der letzten Kammerreden ausgesprochen hatte, als man ihm bitterste Vorwürfe wegen seiner Politik machte: „Nur man denn streben, um zu beweisen, daß man ehrlich ist!“